

# Aufruf aus den Kommunen an die Bundesregierung: Migration als Chance begreifen!

Wir, Bürgermeister:innen und Dezernent:innen deutscher Städte und Gemeinden, erleben täglich die Realität von Flucht und Migration. Menschen, die zu uns kommen, stärken unsere Städte und Gemeinden kulturell, sozial und wirtschaftlich. Wir appellieren wir an die Bundesregierung, Flucht und Migration als große Chance für die Zukunft unseres Landes zu sehen. Wir sind Sichere Häfen und wir fordern, dass unsere Arbeit durch eine vernünftige und menschliche Flucht- und Migrationspolitik unterstützt wird.

## Wir fordern:

- **Verlässliche Finanzierung:** Wir brauchen eine solide, dauerhafte finanzielle Unterstützung vom Bund, um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten nachhaltig zu gestalten.
- **Schnellere Integration in den Arbeitsmarkt:** Geflüchtete müssen so schnell wie möglich arbeiten dürfen. Wir fordern die umgehende Erteilung von Arbeitserlaubnissen, eine unbürokratische Anerkennung von Qualifikationen und eine Abschaffung von Arbeitsverboten.
- **Effizientere Behörden:** Die Ausländerbehörden müssen personell und digital gestärkt werden, um Anträge zügiger zu bearbeiten. Wir benötigen mehr eigene Entscheidungsspielräume, um die Prozesse zu beschleunigen.
- **Menschenrechte schützen:** Wir fordern faire Asylverfahren und einen besonderen Schutz für vulnerable Gruppen wie Kinder und traumatisierte Menschen. Das Wohl der Familie und die Einhaltung der Menschenrechte müssen oberste Priorität haben.
- **Wohnraum und faire Verteilung:** Es braucht dringend einen Schub im sozialen Wohnungsbau, damit alle Menschen mit geringem Einkommen eine Wohnung finden. Die Verteilung der Geflüchteten soll besser koordiniert werden, um den Kapazitäten der Kommunen gerecht zu werden. Dazu gehört auch, die Residenzpflicht zu lockern.
- **Bleiberecht für Geduldete:** Menschen, die seit Jahren in Deutschland leben, hier arbeiten und integriert sind, sollen eine dauerhafte Bleibeperspektive erhalten. Ein „Spurwechsel“ aus der Duldung in ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht muss ermöglicht werden. Abschiebungen in unsichere Situationen lehnen wir ab. Hier aufwachsende Kinder und Jugendliche brauchen eine Perspektive in Deutschland.
- **Stärkung der Zivilgesellschaft:** Ehrenamtliche Helfer und Initiativen sind das Rückgrat unseres sozialen Zusammenhalts. Sie brauchen Schutz vor Diffamierung und müssen finanziell unterstützt werden.

Wir stehen geschlossen für eine lebendige Demokratie, für Menschlichkeit und für ein offenes, solidarisches Deutschland. Wir sind bereit, unsere Rolle aktiv zu gestalten und erwarten von der Bundesregierung eine Politik, die die Integration als Investition in unsere gemeinsame Zukunft versteht.

## Unterzeichner:innen

**Initiatorin:** Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, Bürgermeisterin, Frankfurt am Main

### **Mitzeichner:innen Magistrat/Landrat:**

Barbara Akdeniz, Bürgermeisterin, Darmstadt;  
Rolf Beuting, Erster Bürgermeister, Markt Murnau am Staffelsee  
Verena Dietl, Bürgermeisterin, München  
Dr. Stefan Fassbinder, Oberbürgermeister, Greifswald  
Tilman Fuchs, Oberbürgermeister der Stadt Münster  
Anna Grundel, Stadträtin, Frankfurt am Main  
Martin Heilig, Oberbürgermeister, Würzburg  
Jürgen Herzing, Oberbürgermeister, Aschaffenburg  
Daniel Iliev, Bürgermeister, Heringen (Werra)  
Dr. Florian Janik, Oberbürgermeister, Erlangen  
Dr. Ingrid Jaschke, Bürgermeisterin, Olching  
Derya Karadag, Bürgermeisterin, Köln  
Maral Koohestanian, Dezernentin, Wiesbaden  
Holger Klötzner, Dezernent, Darmstadt  
Dominik Krause, 2. Bürgermeister, München  
Erik Lierenfeld, Bürgermeister, Dormagen  
Barbara Meyer, Bürgermeisterin, Saarbrücken  
Belit Onay, Oberbürgermeister, Hannover  
Eileen O'Sullivan, Dezernentin, Frankfurt am Main  
Stephan Neher, Oberbürgermeister, Rottenburg am Neckar  
Manfred Scherer, Bürgermeister, Sprendlingen-Gensingen  
Anita Schneider, Landrätin, Gießen  
Simon Sörgel, Erster Bürgermeister, Pähl  
Dr. Thomas Spies, Oberbürgermeister, Marburg  
Brigitta von Bülow, Bürgermeisterin, Köln  
Sylvia Weber, Dezernentin, Frankfurt am Main  
Thomas Will, Landrat, Bischofsheim  
Christine Zeller, Stadtkämmerin, Münster

### **Mitzeichner:innen Kommunalparlamente**

Dimitrios Bakakis, Stadtverordneter, Frankfurt am Main  
Beatrix Baumann, Stadtverordnete, Frankfurt am Main  
Laura Bergmann, Stadträtin, Altdorf bei Nürnberg

Manuel Denkwitz, Stadtverordneter Frankfurt am Main  
Theresa Eberlein, Stadträtin, Regensburg  
Julia Eberz, Stadtverordnete, Frankfurt am Main  
Andrea Friedel, Stadträtin, Nürnberg  
Daniel Gaittet , Stadträtin, Regensburg  
Wolfgang Hauf, Stadtrat, Feuchtwangen  
Madeleine Henfling, Stadträtin, Ilmenau  
Fatma Karacakurtoğlu, Stadträtin, Dortmund  
Natascha Kauder, Stadtverordnete, Frankfurt am Main  
Christine Kayser, Stadträtin, Nürnberg  
Sylvia Kunze, Stadtverordnete, Frankfurt am Main  
Johannes Lauterwald, Stadtverordneter, Frankfurt am Main  
Réka Lőrincz, Stadträtin, Nürnberg  
Achim Mletzko, Stadträtin, Nürnberg  
Barbara Meyer, Stadträtin, Würzburg  
Gabriele Müllender, Kreisrätin, Rothenburg ob der Tauber  
Marlene Riedel, Stadtverordnete, Frankfurt am Main  
Dr. Christoph Rosenbaum, Stadtverordneter, Frankfurt am Main  
Dieter Rosner, Stadträtin, Erlangen  
Monir Shahedi, Stadträtin, Regensburg  
Emre Telyakar, Stadtverordneter, Frankfurt am Main